

V0769/22

Verkehrslenkende Maßnahmen B 13 Friedrichshofen
-Antrag der UWG-Stadtratsfraktion vom 19.09.2022-

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 04.05.2023

Der Antrag der UWG-Stadtratsfraktion **V0769/22** und der Antrag der Verwaltung **V0304/23** werden gemeinsam behandelt.

Zum vorliegenden Antrag der UWG-Stadtratsfraktion erklärt Stadtrat Niedermeier, dass man die Überlegung angestellt habe, warum es in Friedrichshofen an der B13 nicht möglich sein sollte, was in Friedrichshafen an der B31 bereits Wirklichkeit sei. Denn in Friedrichshafen gebe es bereits für die Bundesstraße 31 eine Umfahrung der Stadt. Stadtrat Niedermeier möchte nun allerdings auf die vorliegende Beschlussvorlage der Verwaltung eingehen und dabei zunächst das Thema der Verkehrszählung ansprechen. In der Vergangenheit habe die Friedrichshofener Bürgerinitiative zuletzt in den Jahren 2013 und 2015 eine Verkehrszählung durchgeführt. Dabei seien im Jahr 2013 im Bereich östlich der Schultheißstraße von der Ampelanlage bis zum Audi-Ring rund 20.000 Kfz gezählt worden. Im Jahr 2015 habe man sich den Bereich westlich der Schultheißstraße von der Ampelanlage bis zum Kreisverkehr am Ortsende von Friedrichshofen angesehen und dabei rund 18.000 Kfz gezählt. Diese beiden Verkehrszählungen seien damals auch vom Umweltamt anerkannt worden, berichtet Stadtrat Niedermeier. Hierbei müsse er die erste Kritik an der Beschlussvorlage anbringen, da man wahrscheinlich im Amt nicht wisse, dass man Friedrichshofen in diese beiden Teile aufteilen müsse. Denn dies würde erklären, warum in der Beschlussvorlage völlig andere Werte bei der Verkehrszählung aufgeführt seien. Zumal der Abschnitt der Friedrichshofener Straße östlich der Schultheißstraße einen gehörigen Zulauf an Pendlern zum Gewerbegebiet Gaimersheim über die Ingolstädter Straße zum Audi-Ring bekomme. Nicht umsonst werde Gaimersheim derzeit als Pendlerhochburg bezeichnet, erklärt Stadtrat Niedermeier. Auch dieses allgemein hohe Pendleraufkommen finde in der Beschlussvorlage der Verwaltung keine Beachtung. Als Nächstes möchte Stadtrat Niedermeier die Lärmsituation an der Friedrichshofener Straße ansprechen. Hierzu könne man heutzutage die Lärmkarte für die Stadt Ingolstadt im Internet einsehen. Für die Friedrichshofener Straße werde dort eine Lärmbelastung von mehr als 70 Dezibel tagsüber und von mehr als 60 Dezibel nachts angegeben. Dies sei erheblich mehr, als die Richtwerte vorgeben würden. Denn die Immissionsrichtwerte für allgemeine Wohngebiete betragen tagsüber 55 Dezibel und nachts 40 Dezibel. Die Beschlussvorlage der Verwaltung streife das Problem Lärm nur am Rande, ohne dabei auf die Lärmkarte einzugehen. Stadtrat Niedermeier teilt mit, dass ihm zum vorliegenden Antrag auch ein Schreiben des Referats VII vom 15. Februar 2023 vorliege. Darin werde mitgeteilt, dass die Beantwortung des vorliegenden Antrags der UWG-Stadtratsfraktion nicht fristgerecht im zweiten Sitzungslauf behandelt werden könne. Grund dafür sei laut dem Schreiben, dass am 14. Februar 2023 im bayerischen Landtag eine Petition behandelt worden sei, die ebenfalls ein Lkw-Fahrverbot auf einem Streckenabschnitt im Ingolstädter Stadtgebiet zum Inhalt habe und die Entscheidung des Landtags möglicherweise richtungsentscheidend für die Beantwortung des Antrags der UWG-Stadtratsfraktion sei. Deshalb wäre eine Behandlung des Antrags erst im Sitzungslauf im Mai möglich. Stadtrat Niedermeier führt aus, dass man inzwischen Mai habe und obwohl diese Entscheidung des Landtags womöglich richtungsentscheidend sei, lasse sich in der Beschlussvorlage hierzu aber nichts finden. Stadtrat Niedermeier fragt sich deshalb natürlich, warum in der Beschlussvorlage nicht genauer auf diese Petition eingegangen werde. Deshalb könnte fast das Gefühl aufkommen, dass hier etwas vertuscht werde. Des

Weiteren möchte Stadtrat Niedermeier in diesem Zusammenhang auf den Verkehrsentwicklungsplan 2025 eingehen. Darin sei unter großer Beteiligung der Bevölkerung dargestellt worden, was man alles in Ingolstadt im Verkehrsbereich vorhabe. Für Friedrichshofen seien zwei Varianten geplant worden. Die erste Variante habe dabei eine Unterführung der Friedrichshofener Straße vorgesehen. Hiervon sei man allerdings sehr schnell abgekommen, da die Kosten für eine solche Unterführung zu hoch gewesen wären. Die zweite Variante hingegen sehe die sogenannte Nordtangente Ingolstadt West vor. Dabei solle eine Umfahrung westlich des Zwischenwerks Friedrichshofen bis zum Hochkreisel erfolgen. Auf diese Variante setze auch die Friedrichshofener Bevölkerung ihre Hoffnung, erklärt Stadtrat Niedermeier. Allerdings höre man zu diesen Plänen nichts mehr. Insgesamt zeigt er sich enttäuscht von der vorliegenden Beschlussvorlage. Mit keinem Wort gehe man darin auf die Probleme der Anwohnerinnen und Anwohner ein. Außerdem finde sich in der Beschlussvorlage sehr wenig zu den Themen Lärmbelästigung oder Abgas- und Feinstaubbelastung. Die Beschlussvorlage der Verwaltung klinge so, als wenn sie ein Lobbyist für den Schwerlastverkehr geschrieben hätte, denn die Bedeutung der Straße für den Schwerlastverkehr werde so hervorgehoben, dass es anscheinenden gar nichts Wichtigeres gebe.

Herr Schäpe erklärt, dass die angesprochene Petition eine Tonnenbeschränkung und somit ein Lkw-Verbot zwischen Dünzlau und Gerolfing zum Inhalt gehabt habe. Hierzu sei vom zuständigen Staatsministerium eine Stellungnahme abgegeben worden, wie prinzipiell mit Lkw-Verboten umzugehen sei und wann diese angewendet werden dürfen. Nach aktuellen Informationen sei die Petition nach der Vorlage dieser Stellungnahme zurückgezogen worden, teilt Herr Schäpe mit. Unabhängig davon habe sich die Verwaltung an der Stellungnahme des Ministeriums orientiert, inwiefern es überhaupt rechtlich möglich sei, ein Lkw-Verbot in Bayern einzuführen. Dabei schreibe die Straßenverkehrsordnung vor, dass eine gewisse Gefahrenlage bestehen müsse oder der Straßenzustand das Befahren eines Lkws nicht mehr erlaube beziehungsweise dies nicht mehr zulässig wäre. Auf Basis dieser Informationen sei die vorliegende Beschlussvorlage erstellt worden, erklärt Herr Schäpe. Insofern werde hier nichts vertuscht, sondern zum damaligen Zeitpunkt habe man lediglich abwarten wollen, was die Petition ergebe. Deshalb sei es zu dieser Verzögerung bei der Beantwortung des Antrags der UWG-Stadtratsfraktion gekommen.

Stadtrat Witty erwähnt, dass er die Ausführungen von Stadtrat Niedermeier durchaus nachvollziehen könne. Denn der Verkehrslärm an viel befahrenen Straßen sei nicht nur nervig, sondern im Grunde auch gesundheitsgefährdend. Insofern handle es sich hierbei um ein sehr sensibles Thema, so Stadtrat Witty. Beim heutigen Tagesordnungspunkt betrachte man einen Teilausschnitt der B13 in Friedrichshofen. Diese Probleme bestehen allerdings auch in den Bereichen von Unsernherrn und entlang der nördlichen Münchener Straße. Denn die Lärmkarte zeige auch für diese Bereiche gefährliche Lärmwerte an. Deshalb ist Stadtrat Witty der Meinung, dass man es hier durchaus mit einem prominenten Thema zu tun habe, das man nicht einfach so ad acta legen sollte. Aus diesem Grund schlage er vor, dass man sich in einer der nächsten Planungsausschusssitzungen die Zeit nehme, um gemeinsam mit dem Umweltamt über die Lärmaktionsplanung der Stadt Ingolstadt zu sprechen. Ihn würde dabei einfach interessieren, wo man noch nachsteuern und wo man bei den Bundesstraßen auch als Stadt Ingolstadt Impulse setzen könne. Außerdem wäre es gut zu wissen, was man noch aktiv tun könne, um die Situation in diesen Bereichen zu verbessern. Denn es gebe viele verschiedene Möglichkeiten, um den Lärmschutz zu verbessern, erklärt Stadtrat Witty. Hierbei würde ihn auch interessieren, welche Möglichkeiten schon ausgeschöpft worden seien und was im Zuge von Sanierungen verbessert werde.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass sie der Bitte von Stadtrat Witty, das Thema Lärmaktionsplanung in einer der nächsten Planungsausschusssitzungen zu behandeln, verbindlich zu sagen könne. Allerdings müsse man sich bei diesem Thema auch bewusst sein, dass sich die Erstellung eines Lärmaktionsplans möglicherweise deutlich im Personal

oder bei den Haushaltsmitteln niederschlagen könne. Nichtsdestotrotz ist Bürgermeisterin Kleine der Meinung, dass es richtig sei, wenn man sich mit dem Lärmaktionsplan befasse. Dabei müsse man sich auch damit beschäftigen, ob mit einer zunehmenden Elektrifizierung im Straßenverkehr möglicherweise positive Effekte entstehen könnten und wie lange man auf diese warten müsste. Bürgermeisterin Kleine erwähnt, dass sie im nächsten Schritt zusammen mit dem Fachamt überlegen werde, wann man dem Stadtrat zum Thema Lärmaktionsplan mehr sagen könne.

Stadtrat Bannert erwähnt, dass dieses Thema den Stadtrat schon seit Jahrzehnten beschäftige. Des Weiteren könne er den Vorschlag von Stadtrat Witty, das Thema Lärm gesondert in einer der nächsten Planungsausschusssitzungen zu behandeln, unterstützen.

Natürlich sei dies ein langjähriges Thema, führt Stadtrat Semle aus. Er ist der Meinung, dass in der Vergangenheit auch die Augen davor zugemacht worden seien. Mit der Erstellung der Lärmkarte sei allerdings eine Grundlage geschaffen worden, mit der man dieses Thema, auch wenn es kein Schönes sei, angehen könne. Er ist zudem der Ansicht, dass es in Ingolstadt auch etliche positive Beispiele gebe, was schon gemacht worden sei beziehungsweise was noch unternommen werde. Auch diese Beispiele gehören seiner Meinung nach aufgezählt. Stadtrat Semle kann aus dem Nordosten der Stadt berichten, dass das Thema Autobahn dort genauso ein Lärmthema sei. Deshalb sollte man diese Lärmthematik nicht nur auf die Friedrichshofener Straße beschränken, sondern es vielleicht dort erst einmal exemplarisch diskutieren. Lärmbekämpfung sei indessen oft auch ein langwieriges Thema, schildert Stadtrat Semle. Deshalb könne man dieses Thema auch nur miteinander und gemeinsam mit der Stadtverwaltung angehen. Natürlich könne man es kritisieren und aus der Sicht von Stadtrat Niedermeier sei dies auch nachvollziehbar. Aber man müsse dieses Thema gemeinsam angehen. Deshalb sollte man eine Sitzung des Planungsausschusses abhalten, in der man die ganzen Informationen zu dieser Thematik sammle, um zu sehen, wo man denn momentan stehe. Stadtrat Semle hofft tatsächlich darauf, dass es dann auch ein paar Perspektiven gebe, wie man vielleicht weitermachen könne.

Stadtrat Wöhrle berichtet, dass man in der Vergangenheit einiges an Straßenbelägen ausgebracht habe, die den Verkehrslärm vermindern sollen. Er ist hierbei der Ansicht, dass dieser Belag zwar am Anfang wahnsinnig gut funktioniere, aber über die Zeit seine Wirkung verliere und ziemlich schnell kaputt gehe. Deshalb wäre es auch interessant zu beleuchten, wie lange dieser lärmindernde Belag halte und ob dieser dann noch als Maßnahme sinnvoll sei. Diesen Aspekt könnte man auch behandeln, wenn sich der Planungsausschuss mit dem Thema Lärm beschäftige, führt Stadtrat Wöhrle aus.

Stadträtin Leininger teilt mit, dass sie das Anliegen von Stadtrat Niedermeier natürlich verstehe. Allerdings sei es nicht hilfreich, hierbei mit Begriffen wie vertuschen zu operieren, denn dadurch werde nicht nur die Verwaltung in ein bestimmtes Licht gestellt, sondern natürlich auch die anderen Mitglieder des Stadtrates, die jetzt nicht immer Friedrichshofen besonders im Blick haben. Sondern die sich, wie jetzt schon mehrfach geäußert worden sei, sehr wünschen würden, dieses überaus wichtige Thema im Stadtrat objektiv in den Fokus zu nehmen. Denn das Thema Verkehrslärm betreffe ganz viele Straßen und Stadtteile, erklärt Stadträtin Leininger. Deshalb appelliert sie an Stadtrat Niedermeier, dass es im Sinne des gemeinsamen Arbeitens an diesem Thema durchaus hilfreich wäre, auf solche Begriffe zu verzichten.

Stadtrat Niedermeier entgegnet, dass er eigentlich versucht habe, das Wort vertuschen wieder zurückzunehmen. Aber vielleicht sei dies nicht richtig rübergekommen. Des Weiteren möchte Stadtrat Niedermeier einen Vorschlag unterbreiten, bei der er seinen Antrag zurückziehen würde, sofern die Verwaltung dann auch ihre Vorlage zurücknehme. Denn er finde den Vorschlag von Stadtrat Witty sehr gut, sich gemeinsam um das Thema Lärm nicht nur in der Friedrichshofener Straße, sondern in der gesamten Stadt zu kümmern. Bei der

Bundesstraße B13 würde es sich allerdings um das größte Übel handeln und diese würde man auf Dauer gesehen wahrscheinlich nicht aus der Stadt herausbekommen, erklärt Stadtrat Niedermeier. Wenn es aber eine gemeinsame Aktion von Verwaltung und Stadtrat zum Thema Lärm gebe, dann sei Stadtrat Niedermeier gerne bereit dabei mitzumachen.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass man dieses Thema in der heutigen Sitzung des Planungsausschusses somit nicht entscheide. Dies ändere natürlich nichts an der Gesetzeslage bezüglich eines Lkw-Verbots. Denn nach der Straßenverkehrsordnung stehe dabei eher die Straßenverkehrssicherheit im Fokus als die Belastungen, die durch den Lkw-Verkehr entstehen würden. Bürgermeisterin Kleine möchte vielleicht noch eine weitere Information zum Thema Lärm mitgeben. Am Tag der offenen Tür der Stadtverwaltung habe man zwei Themen vorgestellt, zum einen die Klimaanalysekarte und zum anderen die Lärmkarte von Ingolstadt. Dabei sei das Interesse an diesen beiden Karten tatsächlich enorm gewesen, berichtet Bürgermeisterin Kleine. In der Diskussion habe man auch gemerkt, dass, wenn man sich auf das Thema einlasse, dann Maßnahmen wie Tempobeschränkungen, die dann weniger Lärmbelastungen bringen würden, von den Leuten, die eigentlich sehr offensiv argumentieren, doch anders gesehen werden. Insofern habe die öffentliche Diskussion sicher in jeder Beziehung einen wertvollen Effekt, so Bürgermeisterin Kleine.

Stadtrat Mißbeck schildert, dass zu diesem Thema in der Bevölkerung von Friedrichshofen Emotionen vorhanden seien, wie damals in Unsernherrn. Er könne auch die Stadtbaurätin verstehen, wenn sie sage, dass die vorherrschenden Meinungen nicht einfach wegzudiskutieren seien. Da man in einer großgewordenen Kleinstadt lebe und der Bezirksausschuss an diesem Thema hoch interessiert sei, wäre es ein gutes Zeichen des Verständnisses von Seiten der Verwaltung aus zu sagen, dass die Verwaltung zusammen mit dem Bezirksausschuss und politisch interessierten Bürgern des Stadtteils eine gemeinsame Sitzung zu diesem Thema abhalte. So hätte die Verwaltung die Möglichkeit, den Sachverhalt noch einmal zu erläutern, sodass zumindest die Mitglieder des Bezirksausschusses und die Bürger den tieferen Sinn bei dieser Thematik erkennen und dieser auch dokumentiert sei. Stadtrat Mißbeck führt aus, dass eine solche Sitzung auch sicherlich sinnvoll wäre, um die vorherrschenden Emotionen abzubauen und die sachlichen sowie fachlichen Argumente in dieser Angelegenheit zu vermitteln. So könnte man vielleicht das gegenseitige Verständnis wiederherstellen, denn man lebe doch gemeinsam miteinander in einer großgewordenen Kleinstadt, so Stadtrat Mißbeck.

Bürgermeisterin Kleine erläutert, dass man somit in der heutigen Sitzung auf einen Beschluss zu dieser Thematik verzichten würde und sowohl der Antrag der UWG-Stadtratsfraktion von Stadtrat Niedermeier als auch die Beschlussvorlage der Verwaltung zurückgenommen werden. Zu dieser Vorgehensweise zeige auch die Stadtbaurätin ihr Einverständnis, teilt Bürgermeisterin Kleine mit.

Sowohl der Antrag der UWG-Stadtratsfraktion **V0769/22** als auch die Beschlussvorlage der Verwaltung **V0304/23** werden von den jeweiligen Antragstellern zurückgezogen.